

Pressemitteilung: Zustimmung zur Krisenverordnung: Keine Menschenrechte für  
Schutzsuchende mehr

„Mit ihrem heutigen Abstimmungsverhalten im JI-Rat beweist die Bundesregierung einmal wieder, dass sie sich nicht für die Menschenrechte von Schutzsuchenden interessiert. Stattdessen verabschiedet sie sich von ihren eigenen Prinzipien und lässt sich von rechten Kräften und dem Druck des Europäischen Parlaments treiben. Die Zustimmung zur Krisenverordnung öffnet der Entrechtung fliehender Menschen Tür und Tor. Sie ist der letzte Nagel im Sarg des individuellen Asylrechts“, erklärt die rechts- und fluchtpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Clara Bünger. Bünger weiter:

„Indem Bundesinnenministerin Nancy Faeser die Krisenverordnung als „hervorragend ausgehandelten Kompromiss“ bezeichnet, klopfte sie sich grundlos auf die Schulter. Denn mit dieser kommt die bereits gescheiterte Instrumentalisierungsverordnung durch die Hintertür zurück ins Spiel. Dadurch wird es möglich, alle Schutzsuchenden an den europäischen Außengrenzen erst wochenlang nicht zu registrieren und sie dann über Monate hinweg unter haftähnlichen Bedingungen festzuhalten - egal, ob es sich dabei um Kinder, Frauen, Menschen mit Behinderungen oder schweren Traumata handelt. Mindeststandards bei der Unterbringung und Versorgung müssen nicht mehr eingehalten werden. Neue Elendslager wie Moria und mehr illegale Push-Backs sind damit vorprogrammiert.“

„Begründet wird dieser Schritt damit, dass es endlich ein gemeinsames und einheitliches europäisches Asylsystem brauche. Dabei gibt es dieses schon längst, viele Staaten unterlaufen es aber. Statt sich für die Einhaltung der bestehenden Gesetze einzusetzen, trägt die Bundesregierung nun dazu bei, dass deren Unterschreitung legalisiert wird. Gleichzeitig halten auch die aktuellen GEAS-Vorschläge an der Dublin-Verordnung fest und werden daher nicht zu einer Entlastung der Außengrenzstaaten führen.“